AFRIKA 24.08.2015 | Bettina Rühl

Afrikas Fluchthelfer

Die EU geht militärisch gegen Schlepper im Mittelmeer vor. Dabei paktiert sie mit den eigentlichen Fluchthelfern, Afrikas Diktatoren.

Dieser Tage ist viel von den Fluchthelfern und Schleppern in Afrika und anderswo die Rede. Deren Kapital ist unerschöpflich, sie verdienen an der Sehnsucht und Verzweiflung der Menschen. Die Europäische Union versucht, sich gegen den Andrang der Hilfesuchenden zu wehren. Mitte Mai 2015 beschloss das Europäische Bündnis eine Militäraktion gegen Schleuser im Mittelmeer. Die so genannte "Krisenbewältigungsoperation" namens EUNAVFOR MED soll das "Geschäftsmodell der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetze im südlichen zentralen Mittelmeer" unterbinden. Deutschland spielt bei der EU-Operation eine wichtige Rolle und trägt einen großen Teil der Kosten. Die Bundeswehr gibt ihre Ausgaben mit rund 37 Millionen Euro für zunächst ein Jahr an.

Darüber hinaus würde die Europäische Union in Libyen am liebsten auch an Land gegen so genannte Fluchthelfer vorgehen. Das Problem dabei: Libyen hat zwei konkurrierende Regierungen, die ihrerseits mit mehreren islamistischen Milizen um Macht und Einfluss ringen. Im Grunde ist Libyen also ein gescheiterter Staat und gilt als zu gefährlich für einen Militäreinsatz europäischer Soldaten.

So weit, so hilflos von Seiten der EU. Oder sollte man besser sagen: so planlos? Denn während sie versucht, mit ihren Geheimdiensten einen Einblick in die Netzwerke der Schlepper zu gewinnen, verhandelt sie nicht nur mit den eigentlichen Fluchthelfern, sondern unterstützt diese sogar finanziell. In dem entsprechenden Programm geht es den Verlautbarungen zufolge darum, "Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen".

Gelder für die Verursacher der Krise

Offensichtlich scheut die Europäische Union nicht einmal vor der Zusammenarbeit mit bekannten Diktatoren zurück. Das geht aus internen Verhandlungspapieren hervor, die das ARD-Magazin *Monitor* Ende Juli bekannt machte. Demnach ist unter anderem geplant, "die Institutionen der Regierung in Eritrea zu stärken und sie bei der Bekämpfung von Fluchthelfern zu unterstützen". Agenturberichten zufolge geht es um mehr als 100 Millionen Euro. Die Brüsseler Diplomaten hoffen, dass die Finanzspritze für das Regime den Strom der eritreischen Flüchtlinge stoppt. Das allerdings ist wenig wahrscheinlich, das Geld dürfte nur dem Regime zu Gute kommen – und damit jenen, die für die Massenflucht ihrer Bevölkerung verantwortlich sind.

Die Vereinten Nationen haben den Verhandlungspartner der EU, Eritreas Präsidenten Isaias Afewerki, schon lange im Visier. Es geht dabei um den widerholten Vorwurf, Eritrea unterstütze islamistische Milizen in der Region. Und um die katastrophale Menschenrechtslage. Anfang Juni veröffentlichten die UN dazu einen vernichtenden Bericht. Demnach sind willkürliche Verhaftungen, Folter und Zwangsarbeit in Eritrea weit verbreitet. Einige der Menschenrechtsverletzungen seien womöglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Hinzu kommt die wirtschaftlich desolate Situation, eine entscheidende Fluchtursache. Grund für die Not ist der Nationaldienst oder Wehrdienst, der für Männer und Frauen ein Leben lang Pflicht ist – auch Greise werden noch zum Dienst mit der Waffe verpflichtet. Tatsächlich müssen viele Wehrpflichtige aber gar nicht pausenlos exerzieren oder anderes militärisches Training absolvieren, sondern unter sklavenartigen Bedingungen für Generäle und Kader der Einheitspartei PFDJ arbeiten. Für umgerechnet zehn Euro im Monat leisten die Wehrpflichtigen Schwerstarbeit auf Feldern, Baustellen oder in Betrieben. Wer sich verweigert, gilt das Deserteurin oder Deserteur und verschwindet oft spurlos und für immer in einem der vielen Gefängnisse.

Früher wurde das eritreische Regime von Libyens Machthaber Gaddafi finanziert, doch seit dessen Sturz 2011 ist dieser Geldfluss versiegt. Nun versucht Eritrea schon länger, Hilfsgelder von der Europäischen Union zu bekommen. Dank der Flüchtlingskrise hat das Regime dieses Ziel nun offenbar erreicht. Die Brüsseler Diplomaten hoffen wohl, dass die Finanzspritze an die politische Führung den Strom der Flüchtlinge stoppt. Das aber scheint wenig wahrscheinlich. Wie etliche Flüchtlinge berichten, agieren einzelne Generäle selbst als Schlepper und Fluchthelfer. Ein ungeheuerlicher Vorwurf, der dennoch plausibel

erscheint. Denn um sich in Eritrea bewegen zu können, brauchen selbst Bürgerinnen und Bürger Passierscheine. Frei durch das Land fahren oder sich sogar in Grenznähe zeigen, kann nur das Militär. Das ist ein ungeheurer Wettbewerbsvorteil gegenüber allen "privaten" Schleppern, die jederzeit fürchten müssen, standrechtlich erschossen zu werden.

Kooperation im "Migrationsmanagement"

Laut *Monitor* sehen die Verhandlungsunterlagen der Europäischen Union außerdem die Zusammenarbeit mit dem Sudan vor. Dabei wird Präsident Omar al-Bashir vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) mit internationalem Haftbefehl gesucht, wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in Darfur. Als Südafrika den Gesuchten unlängst unbehelligt nach einem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union ausreisen ließ, war die Aufregung groß. Der Internationale Gerichtshof drohte Südafrika mit einem Verfahren wegen Vertragsbruch, Südafrika konterte mit der Drohung, aus dem IStGH auszutreten. Die EU aber verhandelt mit dem Regime in Khartoum. Den bekannt gewordenen Unterlagen zufolge sollen sudanesische Beamte im "Migrationsmanagement" geschult und das "Grenzmanagement" des Sudan verbessert werden. Darüber hinaus soll ein "Trainingszentrum" an der Polizeiakademie in Kairo etabliert und Polizisten sowie Strafverfolgungsbehörden der afrikanischen Staaten mit Hilfe der EU ausgebildet werden.

Um die engere Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten in der Flüchtlingsfrage geht es Mitte November beim Sondergipfel der Europäischen Union mit afrikanischen Staaten in Malta. Al-Bashir wird voraussichtlich nicht eingeladen. Ob Diktator Afewerki am Verhandlungstisch Platz nehmen will und wird, ist offen. Aber auch unter den übrigen Teilnehmern sind etliche Fluchthelfer. Fluchthelfer, indem sie das Leben in ihren Ländern so deprimierend und so unerträglich machen, dass vielen Menschen keine Alternative bleibt, als zu gehen. Weil sie bei leisester Kritik an den Herrschenden um ihr Leben oder ihre Freiheit fürchten müssen. Weil die Bevölkerung keinen Anteil hat am durchaus beeindruckenden wirtschaftliche Wachstum vieler Staaten – die Schere zwischen Arm und Reich wird dadurch nur größer. Weil Korruption und Vetternwirtschaft gerade den ehrgeizigen und klugen und gut ausgebildeten unter den jungen Leuten jede Aussicht nehmen, eines Tages einen vernünftig bezahlten Job zu bekommen und ihr Leben gestalten zu können.

Statt also mit Geheimdienst und Armee gegen mutmaßliche Schlepper vorzugehen, sollte die EU mit denen ins Gericht gehen, die bei internationalen Gipfeltreffen mit am Tisch sitzen: der politischen Elite, die sich die Taschen füllt, während die Bevölkerung jede Hoffnung auf eine Veränderung verliert.



Bettina Rühl
Köln / Nairobi

Bettina Rühl berichtet seit über zwanzig Jahren aus und über Afrika. Sie lebt in Köln und Nairobi.

15 LESERBRIEFE

Robert Kappel schrieb am 25.08.2015

Danke für diesen Kommentar. Endlich sagt mal jemand, dass die Ursachen der Flucht und Migration in afrikanischen Ländern liegen und dem mangelnden Interesse, Armut zu bekämpfen und den Menschen eine Perspektive zu bieten. Die Diktatoren an der Macht, die korrupten Staatsführer, die alten Männer in Amt und Würden usw scheren sich nicht um die Belange ihrer Bevölkerungen. Weder in Nigeria, noch Mali, noch

Eritrea, noch Sudan, Süd-Sudan, Niger, Tschad, CAR, Burkina Faso, Senegal, Kongo, Zimbabwe usw usf. Die deutsche Afrikapolitik benötigt dringend eine Diskurs, wie mit solchen von Frau Rühl aufgeworfenen Fragen umgegangen wird. Eine Umorientierung deutscher Afrikapolitik, der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Afrika ist dringend geboten. Nochmals Danke für diesen Kommentar. Robert Kappel, ehemals Präsident des GIGA und Autor verschiedener Publikationen zu Afrika.

---

manfred fischer schrieb am 25.08.2015

Man kann nur staunen, wie naiv unsere PolitikerInnen in Europa noch sind.

Langfristig bedarf die Not der Flüchtlinge Projekte, die von Europa und nicht von Herrschern in Afrika gesteuert werden.

Dazu ist mehr Entwicklungshilfe von den Europäern nötig

Manfred Fischer

AndrÃ© Berthy schrieb am 25.08.2015

In Afrika gibt es keine idealen Partner für eine idealistische deutsche Außenpolitik. Das war schon immer so, deswegen klingt dieser Text sehr aufwühlend, aber tatsächlich ist das, was hier kritisiert wird, immer Teil von (EU-)Staaten, die stark exportieren/importieren und international stark vernetzt sind. Ich will damit Eritrea oder den Sudan auch nicht loben, aber ich glaube nicht, dass Deutschland mit einer radikal-ethischen Außenpolitik seine Ziele erreichen wird oder kann.

Hinrich Kuessner schrieb am 25.08.2015

Leider ist es so, dass die Bundesregierung nicht nur die Diktatur in Eritrea unterstützt. Ich engagiere mich in einem Verein, der einen togoischen Verein bei der Armutsbekämpfung unterstützt. In Togo werden Wahlen manipuliert und gefälscht. Kommunalwahlen finden seit Jahrzehnten nicht statt, weil die Gefahr besteht, dass die Opposition Bürgermeisterposten in den Städten bekommen könnte. Der letzte deutsche Botschafter in Togo behauptet trotzdem, dass Togo das Musterland der Demokratie in Afrika ist. Vertreter der

Opposition werden von der deutschen Politik nicht ernst genommen. Den Diktator empfängt die Bundeskanzlerin. Der Führer der Opposition bekommt nur Beamte zu Gesprächspartnern und die belehren ihn über die gute Politik ihres Präsidenten.
Anfang 2013 brannte die größte Markthalle in Lome. Die Regierung beschuldigt bis heute die Opposition, dass sie die Brände in Auftrag gegeben hat.
Oppositionspolitiker und auch einfache Bürger wurden eingesperrt. Der heutige Beauftragte für Menschenrechte der Bundesregierung Christoph Strässer setzte sich damals für die Freilassung der Politiker ein. Sie kamen auch frei. Aber der Prozess fand bis heute nicht statt und sie sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Sieben Personen sind bis heute im Gefängnis. Ein junger Mann hatte ausgesagt, dass Oppositionspolitiker für den Brand verantwortlich sind. Er widerrief kurze Zeit später die Aussage und erklärte, dass er die Aussage nach Folter gemacht hat. Auch dieser junge Mann ist im Gefängnis. Vor 2 Wochen wurde er von Lome nach Kara verlegt. In Lome hatte er Freunde, die ihn mit Essen versorgten. In Kara kennt er keinen. Er befürchtet, dass er ermordet wird.
Nach Aussagen der deutschen Botschaft in Togo ist das

Land auf einem guten Weg. Die Enttäuschung in Togo über deutsche Politiker ist groß. Deutschland hat eigene Erfahrungen mit Diktatoren. Beamte im Auswärtigen Amt ziehen daraus keine Schlüsse. Diktatoren sind wohl für sie berechenbarere Partner als demokratisch gewählte Politiker. Die Folgen werden wir alle später ausbaden.

Heiko von+Thaden schrieb am 25.08.2015

Der Ansatz, bei den Fluchtursachen anzusetzen dürfte der Einzige mit Erfolgsaussichten sein. Dabei ist es wichtig, sich die Situation in den Ländern anzusehen, aus dem die meisten Flüchtlinge kommen. Es gibt immer mehr Länder, in denen sich Demokratie als Prinzip durchsetzt. Die sind auch nicht von Fluchtbewegungen betroffen, es sei denn die Gründe liegen in tribaler Verfolgung. Derzeit dürften die meisten Flüchtlinge Afrika aus Eritrea, dem Sudan und Somalia kommen. Es sind jeweils unterschiedliche Konzepte mit den entsprechenden Kräften in den verschiedenen Staaten mangels Alternativen zu entwickeln.. Der Hinweis, das es sich teilweise um die schlimmsten Diktaturen handelt ist richtig, verändert aber nicht die Situation, es sei denn man will militärisch intervenieren.. Da das niemand will,

bleibt nur, die wirtschaftliche Unterstützung mit dem Ziel die Entwicklung einer Zivilgesellschaft voranzutreiben. Wo das völlig aussichtslos erscheint, muß man dann die demokratischen Nachbarstaaten in der jeweiligen Region in einer Weise unterstützen, das sie eine wirtschaftliche und politische Leuchtturmfunktion erfüllen können.

Rapunzel schrieb am 25.08.2015

---

ja es ist traurig, dieser Situation mehr oder weniger hilflos zu zusehen. Aus meiner Sicht eines langjährigen Entsandten in Westafrika fehlt es der deutschen Entwicklungshilfe am Willen direkte Entwicklungsprojekte mit nicht Regierungsorganisationen und Vertretern der Wirtschaft umzusetzen, und somit wird über bilaterale Verträge der Mittelfluss immer durch das sehr feinmaschige Abfangnetz der Ministerien und Ämter geleitet. Am Ende kommt meistens nicht mehr viel an ausser der guten Parolen! In einem vorherigen Beitrag wurde erwähnt dass die Horrorszenen der Flüchtlingswelle in afrikanischen Medien kein Thema sind, das kann ich nur bestätigen. Hier wird Propagandafernsehen ausgestrahlt,

in dem auch der Segen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit immer wieder hervorgehoben wird. Weiter so!

---

manfred fischer schrieb am 26.08.2015

Wenn wir jetzt das alles so bemerken und so mehr oder weniger bemängeln, schön und gut, doch was geschieht in unserem konkreten Tun.?
Das sollten wir uns vor allem hier an dieser Stelle mitteilen.

Bertolt Brecht - Die Welt verändert sich erst, wenn wir uns heute verändern.....

Und das im Tun, wo in der Tat dann was geschieht..

Manfred Fischer Mannheim

---

andreas losert schrieb am 27.08.2015

Wir ALLE sind auch Afrikas Fluchthelfer, solange wir international die Ursachen von Flucht-/ Vertreibungen weiterhin zulassen. Seit der UN Charta von 1945 und 70

Jahre danach sind die UN Menschen-/ Voelkerrechtsverletzungen zweifellos das Erkennungsmerkmal um die Problemfelder in den betroffenen Nationen zu identifizieren, aber auch diese haben ihre Ursachen die schon längstens detailliert bekannt sind.
Wo liegen also unsere Stellhebel im Sinne des oben genannten Zitates von Berthold Brecht ? Ist es der bisher unzertifizierte und damit verstärkt als unfair erlebte globale Welthandel / Verdrängungswettbewerb? Falls ja, wären nicht der gute, faire Handelsvertrag im regionalen Maßstab nachgewiesen, das zu bewerbende Korrektiv für unsere globalen Verirrungen der Neuzeit?

Bremer Verhältnisse schrieb am 28.08.2015

„Hilfe zur Selbsthilfe“, „Ursachenbekämpfung vor Ort“ … Ich kann diese wohlfeilen Worte nicht mehr hören oder lesen. Das steht doch in den Papieren zur „Entwicklungshilfe“, und wie die Programme danach alle hießen, immer schon. Unausgesprochen behaupten sie, wir wüssten, wie das geht und die vergangenen Regierungen hätten es immer falsch gemacht. Schon der einstige NATO Generalsekretär und niederländische

Außenminister Luns fasste das mal zusammen in dem Spruch (aus dem Gedächtnis zitiert): „Entwicklungshilfe sind die Gelder, die die Armen in den reichen Ländern den Reichen in den armen Ländern abgeben.“ Es ist doch klar, dass man Gelder, die in die Hand der Regierungen oder ihrer Günstlinge gelangen, zuerst zum Machterhalt verwendet werden – sei es zum Zusammenkaufen von Mehrheiten, zur Begünstigung der eigenen Klientel und bzw. oder zum Kauf von Unterdrückungsmitteln.
Wenn wir wüssten, wie es geht, die Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, Elend und sonstige sog. „Pushfaktoren“ der Migration zu beenden, dann hätten wir das in Ostdeutschland, Süditalien, Bulgarien, auf dem Balkan usw. doch längst getan. Nein, in den letzten Jahren wird es doch bei uns in Europa mehr schlimmer als besser. Wir bekommen es doch nicht hin, unsere Unternehmer zu Investitionen in genügend Arbeitsplätze auch nur in Europa zu bewegen. Dabei haben wir unsere Politik schon so angelegt, dass ihre Gewinne immer höhere Gipfel erreichen.
Nein, wir Europäer haben mit unserer aktiven Politik in Afrika bewiesen, dass wir zu den Faktoren gehören, die es dort immer schlimmer machen. Hören wir damit auf und ziehen wir uns dort zurück. Die Völker dort werden

stärker gegenüber ihren Machthabern, wenn wir keine Mittel mehr dahin senden und die Machthaber dadurch über weniger Machtmittel verfügen.
Was die anderen Mächte wie China, USA, Japan, Russland dort machen, ist dann deren Sache. Wir sollten uns darauf konzentrieren, dass wir endlich wieder unsere riesigen wirtschaftlichen Überschüsse, die auf den Weltkapitalmärkten verzockt werden, dahin lenken, wo daraus massenweise produktive Arbeitsplätze entstehen, die zum Wohlstand der Nationen beitragen. Wenn wir in Europa uns endlich wieder der Vollbeschäftigung nähern, dann schwindet einerseits hier die Angst vor der Einwanderung und andererseits werden die übrigen Ressourcen der Produktion hier so knapp und teuer, dass auch dort mehr investiert und die Flucht vor dem Elend seltener wird.

Michael A. Louis schrieb am 28.08.2015

Trotz aller Probleme: Kooperation mit Afrikanischen Staatsführern ist mit Sicherheit der richtige und vielversprechendste Weg. Er sollte allerdings noch konsequenter beschritten werden.

Um dieser historisch nie dagewesenen Situation der Flüchtlingsströme nach Europa überhaupt noch Herr werden zu können, müssten u.U. deutlich umfassende Ansätze entwickelt werden, um Flüchtlingen in der Region neue, sichere Lebensräume zu erschliessen.

Dergestalt liesse es sich vielleicht noch verhindern, dass sonst mit hoher Wahrscheinlich im Laufe der nächsten 20 Jahren Dutzende Millionen von Flüchtlingen Europa in eine Identitätskrise führen könnten.

1 möglicher Ansatz könnte darin bestehen, sich auf 1 Land in der Region zu konzentrieren und dieses Land durch ein grossräumig angelegtes Infrastruktur- und Investitionsprogramm flankierend zu unterstützen.

Aufgrund der langfristigen Verbundenheit mit der EU (besonders mit Frankreich), der relativen inneren Stabilität und der Grösse des Landes halte ich Algerien für das prädestinierte Zielland.

Dort müssten Investitionen in der Grössenordnung von 1.800 bis 2.000 Mrd. € im Rahmen eines 10-Jahre-Aufbauprogramms bis 2025 weite Teile des Landes neu

erschliessen, um quasi einen Flüchtlingseinwanderungsstaat zu schaffen, der Menschen aus dem islamischen Kulturkreis auch als Zufluchtsort akzeptabel erscheint - und zwar sowohl in kultureller Hinsicht als auch im Hinblick auf den zu erwartenden Lebensstandard.

---

manfred fischer schrieb am 28.08.2015

Nochmals - was wollen und können wir hier ganz konkret in der Tat zur Problemlösung beitragen? Diskussion kann doch nur eine Vorstufe sein.
Ich kümmere mich um die Menschen, die bei all dem dabei seelisch krank geworden sind....

Manfred Fischer Mannheim

Heiko von+Thaden schrieb am 29.08.2015

Bei allen, gut gemeinten Vorschlägen sollte man sich auf das machbare beschränken. Notwendig ist der Aufbau einer modernen Infrastruktur, Energieversorgung, einer Abfallwirtschaft, eines Schulsystems, einer

Gesundheitsversorgung als Basis für Entwicklung. Das und deren Unterhaltungskosten ist die Basis. Das diese Investitionen nicht von Deutschland mal eben aufzubringen sind, dürfte wohl jedem klar sein. Das geht auch nicht, wenn der derzeitige Entwicklungshilfeetat verhundertfacht wird. Es ist ja nicht wie mit der DDR, wo es nur um die Modernisierung einer vorhandenen Infrastruktur ging. Neben dem Aufbau der genannten Faktoren, ist dann deren Unterhalt notwendig. Das funktioniert nur über die Förderung einer produktiven Wirtschaft. Vor diesen Aufgaben könnte man zurückschrecken, aber das wird die Situation nicht verbessern. Da alles nicht auf einmal geht, sollte man "Leuchtturmregionen" definieren und hier den Aufbau massiv unterstützen.. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Ulrich Bohl schrieb am 30.08.2015

Die Wahrheit erfahren wir nicht in der "Tagesschau" oder "Heute" sondern nur aus solchen Beiträgen.
Es ist für an den Ursachen Interessierte nicht neu was Sie schreiben. Es mindert die Qualität aller-
dings nicht. Das Problem sollte in deutschen Medien viel

mehr thematisiert werden. Wir haben
nichts geschafft wenn wir durch Schweigen und die in Europa nicht zu bewältigenden Flüchtlingsströme hier neue Probleme schaffen. Anzeichen dafür sind bereits zu erkennen.

JoFuchs schrieb am 04.09.2015

Guter Kommentar, der ebdlich einmal tiefer gehende Analyse betreibt. Sogenannte Schlepper sind definitiv nicht die Wurzel des Problems, trotzdem beschränkt sich die EU wie so häufig auf Symptombekämpfung, anstatt genauer hinzusehen und dabei vielleicht Mitschuld an den Flüchtlingsströmen zu entdecken. Man sollte dabei auch immer im Hinterkopf behalten, dass europäische Staaten die Unrechtsregime mancher afrikanischer Länder nicht nur heute an der Macht halten, sondern teilweise auch eret dorthin gebracht haben. Ein Blick in die Kolonialgeschichte hilft in Bezug darauf außerdem, ein wenig mehr vom großen Kontext zu sehen, als viele PolitikerInnen das gerne tun. Man könnte manchmal meinen, der ein oder andere hätte nie ordentlichen Geschichtsunterricht gehabt. Erst wenn die tatsächliche Rolle von EU und restlichem "Westen" anerkannt wird,

können die aktuellen Probleme so richtig angegangen werden. Ob dies irgendwann passieren wird, bleibt zu bezweifeln.

---

manfred fischer schrieb am 07.09.2015

Die Flüchtlingsströme wird wohl weltweit nicht abreißen.
Wie viel davon kann die BRD noch verkraften?
Was passiert, wenn bei uns aufgrund der Überforderung die Stimmung umkippt?
Ist dieses Problem in der EU nur alleine von der BRD angemessen zu stemmen?
Ist die EU noch das, was sie sich eigentlich mal vorgenommen hatte?

Manfred Fischer - Mannheim
